

REPORT BERLIN

Bericht aus dem Bundestag von Carsten Müller, MdB

04/2019



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

welche **Industriepolitik** braucht Deutschland in Gegenwart und Zukunft? Diese Frage, mit der ich mich schon seit einiger Zeit intensiv beschäftigte, ist seit der Vorstellung einer Industriestrategie 2030 durch Wirtschaftsminister Peter Altmaier letzte Woche mehr und mehr in die öffentliche Diskussion gerutscht. Der deutsche Industriesektor, gekennzeichnet durch eine Mischung aus Mittelstand und Großunternehmen, schafft Wertschöpfung und Image, schmiedet Ideen und Innovationen, ist bedeutender Impuls- und Arbeitgeber in unserem Land. Damit diese wichtigen Funktionen auch weiterhin erfüllt werden können, damit die deutsche Industrie auch weiterhin erfolgreich sein kann und im internationalen Wettbewerb nicht den Anschluss verliert, sind Herausforderungen, Chancen und Risiken zu identifizieren sowie die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. Gerade vor dem Hintergrund einer beschleunigten Globalisierung und Digitalisierung sowie von Protektionismus und vermehrter Abschottung im Weltgeschehen macht es außerordentlich viel Sinn, sich Gedanken über eine nationale Industriepolitik zu machen.

Zwar ist es in erster Linie Aufgabe der Unternehmen, ihre **Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit** zu sichern, ohne dass Politik unternehmerische Entscheidungen vorzeichnet oder in eine bestimmte Richtung lenkt. Notwendig für die Entfaltung unternehmerischer Freiheit und Kreativität ist es aber, dass klare, verlässliche und zukunftsfähige industriepolitische Rahmenbedingungen gesetzt werden. Eine an ordnungspolitischen Prinzipien ausgerichtete Industriepolitik im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft ist am besten geeignet, Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum, Wohlstand, Beschäftigung und gute Arbeitsbedingungen in Deutschland dauerhaft zu stärken. Wie eine solche Industriepolitik konkret aussehen kann, werden Akteure aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft in diesem Jahr intensiv diskutieren. Ziel ist es, dass wir Anfang 2020 eine Nationale Industriestrategie der Bundesregierung mit konkreten Vorstellungen und Maßnahmen verabschieden können. Ich freue mich, an diesem spannenden Prozess der Meinungsbildung teilzunehmen.

Dabei wird sich auch die Frage stellen, ob wir in Deutschland eine eigene **Fertigung von Batteriezellen** benötigen und mit staatlicher Unterstützung aufbauen sollten. Außer Frage steht, dass die Batterietechnologie strategisch bedeutsam ist. Der Bedarf an zuverlässigen Stromspeichern ist hoch und wächst rasant. Leistungsfähige Batterien werden nicht nur für Smartphones gebraucht, sondern auch für die Elektrifizierung im Verkehrsbereich sowie als Zwischenspeicher für Strom aus Erneuerbaren Energien. Es handelt sich um eine Schlüsseltechnologie mit enormen Potenzialen. Zwar verfügen wir in Deutschland über einige Batteriekomponenten und große Kompetenzen, aber an die Fertigung der Batteriezelle in Großserie hat sich noch keiner gewagt. Unternehmen, die die Chancen der Technologie erkannt haben und mit einem Einstieg in die Produktion liebäugelten, schreckten bislang zurück: Hohe Investitionen sowie die Unsicherheit, ob und wann sich diese rechnen, stellen für sie ein zu großes Risiko dar. Der scheinbare technologische Rückstand zu den Wettbewerbern tut ein Übriges. Soll es das gewesen sein? Die eigenen Bemühungen einstellen und sich in Abhängigkeit anderer begeben? Nein! Hier hat der Staat als Mut- und Impulsgeber einzuspringen – mit den richtigen Rahmenbedingungen, mit einer vorübergehenden Anschubhilfe. Unternehmen brauchen neue Impulse, Sicherheit und Mut, damit sie in etwas investieren, von dem sie grundsätzlich überzeugt sind.

Mit freundlichen Grüßen

Berlin, 22. Februar 2019

NEUES AUS DEM PLENUM

Digitalisierung gestalten

Um den digitalen Wandel in Deutschland erfolgreich zu gestalten, hat die Bundesregierung im Rahmen einer Umsetzungsstrategie zur Digitalisierung Schwerpunktvorhaben der einzelnen Ressorts zusammengestellt. Federführend für die konkreten Einzelvorhaben bleiben die jeweiligen Ressorts. Ziel der Vorhaben ist es, die Lebensqualität für alle Menschen in Deutschland weiter zu steigern und unser Land innovativer zu machen. In der Strategie benennt die Bundesregierung fünf Handlungsfelder: Digitale Kompetenz, Infrastruktur und Ausstattung, Innovation und digitale Transformation, Gesellschaft im digitalen Wandel und moderner Staat. Das Handlungsfeld „Sicherheit“ ist als Querschnittsthema Bestandteil aller genannten Handlungsfelder und Maßnahmen. Vorhaben im Bereich „Digitale Kompetenz“ sind beispielsweise der Digitalpakt Schule und die Nationale Weiterbildungsstrategie sowie im Handlungsfeld „Moderner Staat“ die Einführung von BAföG-Online. Der jeweilige Umsetzungsstand ist online unter www.digital-made-in.de einzusehen.

Neugestaltung der Regierungsbefragung

Im vergangenen Jahr haben verschiedene Gespräche mit dem Ziel stattgefunden, einen interfraktionellen Konsens zur Neustrukturierung von Regierungsbefragung und Fragestunde im Deutschen Bundestag zu erreichen. Nachdem ein solcher fraktionsübergreifender Konsens nicht erreicht werden konnte, haben CDU/CSU und SPD einen Vorschlag eingebracht, mit dem die Regelungen zur Regierungsbefragung im Sinne des Bundestags deutlich erweitert werden. Er sieht nun auch in der Geschäftsordnung vor, dass sich Bundeskanzler einer turnusmäßigen Befragung stellen müssen, welche dreimal im Jahr stattfinden soll. Die Bundeskanzlerin hatte sich im vergangenen Jahr einer solchen Befragung bereits zwei Mal gestellt. Darüber hinaus erhält der Bundestag künftig die Tagesordnung des Kabinetts vor der Regierungsbefragung, das heißt die Abgeordneten in den Fraktionen haben künftig vor Beginn der Fragestunde die Möglichkeit der Kenntnisnahme und Vorbereitung entsprechender Fragen. Die Regierungsbefragung soll in Zukunft 60 statt bisher 30 Minuten dauern, wobei kein Thema vorgegeben wird. Aufgrund der Verlängerung der Regierungsbefragung wird die Dauer der anschließenden Fragestunde auf 90 Minuten reduziert.

Weitere Informationen zur Woche im Deutschen Bundestag finden Sie auch hier:

www.cducsu.de
www.bundestag.de

DIESES & JENES

EU-Handelsüberschuss mit den USA

Der Überschuss der EU im Warenhandel mit den USA ist im vergangenen Jahr um fast 17 Prozent angestiegen. Wie die EU-Statistikbehörde Eurostat mitteilte, exportierten die 28 EU-Mitgliedstaaten Waren im Wert von 406,4 Milliarden Euro (+8 Prozent) in die größte Volkswirtschaft der Erde, wohingegen sich die Importe aus den USA auf insgesamt lediglich 266,7 Milliarden Euro (+ 3,9 Prozent) beliefen. Die Ausfuhr von Waren übertraf die Importe somit um rund 140 Milliarden Euro. Allein der deutsche Exportüberschuss summierte sich dem Statistischen Bundesamt zufolge im vorigen Jahr auf rund 49 Milliarden Euro. (Eurostat)

Über zwei Millionen Car-Sharing Nutzer

Recherchen von Statista und dem Magazin Technology Review zufolge sind aktuell 2,1 Millionen Menschen in Deutschland bei Car-Sharing Diensten angemeldet. Was die Anzahl der Kunden betrifft, sind die Anbieter Car2Go und DriveNow mit rund einer Million bzw. 730.000 angemeldeten Nutzern klar führend. Dass der Markt weiteres Wachstumspotenzial bietet, zeigt das Ergebnis einer Umfrage, der zufolge sich jeder 4. Befragte vorstellen kann, in Zukunft ganz auf eigene Auto zu verzichten und stattdessen Car-Sharing zu benutzen. (Bundesverband Car-Sharing Statista, Trendmonitor Deutschland)

Erwerbstätige Väter

91 Prozent der Väter im Alter zwischen 18 und 64 Jahren gingen 2017 einer Erwerbstätigkeit nach. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, lag der Anteil der erwerbstätigen Männer dieser Altersgruppe ohne Kinder niedriger und betrug 77 Prozent. Väter sind in allen Altersgruppen zwischen 18 und 64 Jahren häufiger erwerbstätig als Männer ohne Kinder. Für Mütter zwischen 18 und 64 Jahren lag die Erwerbstätigenquote bei 71 Prozent und unterschied sich kaum von der Quote der Frauen ohne Kinder (74 Prozent). Väter arbeiten auch häufiger in Vollzeit: Der Anteil erwerbstätiger Väter im Alter von 18 bis 64 Jahren, die Vollzeit arbeiteten, lag 2017 bei 94 Prozent. Bei den Männern ohne Kinder waren es nur 88 Prozent. Dagegen gingen nur zwei Drittel der erwerbstätigen Frauen ohne Kinder (67 Prozent) einer Vollzeittätigkeit nach und nur ein Drittel der Mütter (34 Prozent). (Quelle: Statistisches Bundesamt)